

Frankenberg vom Kriegsende bis 1989

Andreas Klöden

Nachdem die Stadt Frankenberg am 7. Mai 1945 durch den Chefarzt des Krankenhauses Dr. Ulrich Wolff und Schulhausmeister Josef Schauer – beide waren den von Hainichen her vorrückenden Einheiten der Roten Armee mit einer weißen Fahne entgegen gegangen – kampflos übergeben wurde, trafen sich einen Tag später, am 8. Mai, Amerikaner und Angehörige der Roten Armee auf dem Frankenberger Markt, um gemeinsam die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zu feiern. Damit war für Frankenberg der Zweite Weltkrieg vorbei.

Zunächst bildete die Zschopau die Trennlinie zwischen amerikanischen und sowjetischen Besatzungstruppen. Die Amerikaner zogen sich schon am 19. Mai 1945 endgültig aus der Stadt und ihrer Umgebung zurück. Bereits fünf Tage vorher war in Frankenberg ein sowjetischer Stadtkommandant namens Molotov eingesetzt worden. Dieser ernannte am Tag des amerikanischen Abzugs Walter Herwig zum Bürgermeister der Stadt. Am 3. Juni 1945 bezogen Einheiten der Roten Armee die Kaserne der Stadt und drei Tage später das ehemalige Lehrerseminar.

Nachdem gemäß Befehl Nr. II der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) politische Parteien wieder zugelassen waren, bildete sich am 18. Juli 1945 ein kommissarischer Stadtrat, bestehend aus je vier Mitgliedern von KPD, SPD und LDP sowie nach deren Gründung der CDU. Bereits einen Monat vorher war Bürgermeister Walter Herwig seines Amtes schon wieder enthoben worden. Neues Stadtoberhaupt war nun Oberingenieur Richard Dirks. Aber auch dessen Amtszeit währte nicht lange. Er wurde bereits am 8. Oktober 1945 durch Fritz Helbig aus Oederan ersetzt. Am Jahresende 1945 setzt sich das Frankenberger Ratskollegium wie folgt zusammen: Bürgermeister Fritz Helbig, seine Stellvertreter Piepenbreier und Frisch sowie je vier Stadträte der KPD, LPD, CDU. Die SPD stellte drei Stadträte. Die monatlichen Sitzungen des Gremiums fanden im damaligen „Haus der Parteien“, dem früheren Herrenhaus des Ritterguts Frankenberg-Neubau, statt.

Die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und sowjetischer Besatzungsmacht in Frankenberg wurde als von gegenseitigem Vertrauen geprägt dar-

Maidemonstration in Frankenberg, frühe 1970er Jahre
Stadtarchiv Frankenberg/Sa.



Frankenberg, Herrenhaus des Ritterguts, nach dem Krieg „Haus der Parteien, dann Heimatmuseum, 1955
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek, Foto: Walter Möbius

gestellt. Schon bald nach dem Einzug der sowjetischen Besatzungstruppen kam es zu Erleichterungen des täglichen Lebens, zum Beispiel durch die Genehmigung, wieder Kinoveranstaltungen durchzuführen. Allerdings bestanden in den folgenden Monaten, wie überall in der Sowjetischen Besatzungszone, Schwierigkeiten, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Energie und Brennstoffen zu versorgen. Die Probleme wurden durch den steten Zuzug von Vertriebenen verstärkt. Um die begrenzte Transportkapazität zur Versorgung effektiv ausnutzen zu können, wurde von der Stadtverwaltung eine Fahrbereitschaft eingerichtet und deren Fahrten koordiniert. Insbesondere bei der Kartoffel- und Brotversorgung gab es dennoch permanent Schwierigkeiten. Vor allem Koks zur Heiz- und Kochgasgewinnung war äußerst knapp. Besser stand es um die Versorgung mit Kohle, speziell Braunkohle. Hierbei bewährte sich eine damals bestehende Partnerschaft mit der Gemeinde Plessa in Brandenburg. Die am Kriegsende schwer zerstörte Gemeinde lieferte aus in deren Nähe befindlichen Braunkohlegruben im Tausch gegen Baumaterial und vor allem Zigarren den wertvollen Brennstoff. Obwohl die Frankenberger Stadtwerke ohne größere Kriegsschäden geblieben waren, kam es durch Betriebsschwierigkeiten der Zulieferwerke Gröba und Chemnitz zu häufigen Stromsperren.



Frankenberg, ehemaliges Ballhaus „Stadtpark", um 1960
Stadtarchiv Frankenberg/Sa.

Angespannt war auch die Wohnungssituation in der Stadt. Ungefähr 2.570 Vertriebene blieben in der Stadt, für die zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden musste. Der allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung wurde vom Chefarzt des Krankenhauses, Dr. Simon, als nicht gut beschrieben. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem Mangelernährung und die soziale Lage, aber auch Wohnungsnot, daraus resultierende mangelhafte hygienische Bedingungen sowie die weit verbreiteten Geschlechtskrankheiten.

Gemäß Befehl Nr. 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945 wurden in der Stadt Frankenberg 25 Betriebe unter Zwangsverwaltung gestellt und später enteignet. Demontiert wurden zwei Betriebe. Im Jahr 1945 waren in der Stadt Frankenberg ca. 2.400 Personen in der Industrie beschäftigt.

Um die allgemeine Not in der Stadt zu mindern, wurde auch hier die im Oktober 1945 in Dresden gegründete Hilfsorganisation „Volkssolidarität" tätig. Neben Geld- und Sachspendensammlungen, der Einrichtung einer Volksküche mit einer Kapazität von immerhin fast 6000 Portionen im Jahr, der Patenschaft für die bereits erwähnte Gemeinde Plessa und damit verbundener Brennstoffbeschaffung, gestaltete die Hilfsorganisation die erste „Volksweihnacht" nach dem Krieg. Für rund 3.400 Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahren wurden hierfür vor allem Kuchen und Spielzeug zur Verfügung gestellt.

Mit der Bodenreform wurde das Rittergut Frankenberg-Neubau der Familie von Sandersleben enteignet. Die Flächen befanden sich überwiegend im Frankenberger Stadtgebiet. Sie wurden an fünf Neubauern, acht landarme Bauern und einige Kleinsiedler aufgeteilt

Am 21. April 1946 wurden im Ballhaus „Stadtpark" auch in Frankenberg KPD und SPD zwangsvereinigt und sieben Tage später erfolgte in der Aula der Volksschule II die Gründung der Ortsgruppe der Freien Deutschen Jugend (FDJ).

Im gleichen Jahr beschlossen die Stadtverordneten eine neue Hauptsatzung für die Stadt, und umgeben von umfangreicher Agitation und Propaganda fand am 30. Juni 1946 der Volksentscheid zum „Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes" statt. Dabei stimmten 8.008 Bürger für und 993 Bürger gegen das Gesetz, weitere 421 abgegebene Stimmen waren ungültig.

Im Jahr 1947 wurde in Frankenberg erstmals wieder eine Jugendweihe durchgeführt, und die Stadtverwaltung, Volkssolidarität und Parteien starten den Aufruf „Rettet unsere Kinder!". Hintergrund der Aktion war die immer noch weit verbreitete Unterernährung von schulpflichtigen Kindern. Im Rahmen dieser Aktion konnte die Zahl der verabreichten Portionen Schulspeisung zwar von 100 auf 500 gesteigert werden, der Großteil der Kinder blieb aber vorerst weiter unterernährt, erhielt oft nicht einmal ein Mittagessen.

Für die Durchführung des Befehls Nr. 201 der SMAD vom 16. August 1947 – er beinhaltete die „Richtlinien zur Anwendung der Direktiven Nr. 24 und Nr. 38 des Kontrollrates über die Entnazifizierung“ – wurde in der Stadt Frankenberg die Bildung einer Entnazifizierungskommission für den Landkreis Flöha, zu welchem die Stadt damals gehörte, bekanntgegeben. Im heutigen Ortsteil Sachsenburg richtete man im gleichnamigen Schloss einen Jugendwerkhof ein, der bis 1967 bestand. Aus dem Gebäude des ehemaligen Königlich Sächsischen Lehrerseminars wurde 1948 die Landesverwaltungsschule Sachsen. Hier referierte am 19. Mai des Jahres Walter Ulbricht vor führenden Funktionären über das Thema „Die nächsten Aufgaben der Verwaltungen“. In dieser Einrichtung wurden bis zum Ende der DDR Staatsfunktionäre und Bürgermeister aus- und weitergebildet. 1990 endete diese Ära mit dem Beschluss zur Abwicklung. Doch damit war die Geschichte der für Frankenberg bedeutenden Einrichtung nicht beendet.

Herausragendes Ereignis des Jahres 1949 war auch für die Stadt Frankenberg die Gründung der DDR am 7. Oktober. In deren Folge übergab am 15. November 1949 der zuständige Kommandant der sowjetischen Militärverwaltung, Oberst Shevtshuk, die Verwaltung in die Hände des Landkreises Flöha.

Mit dem 1. Juli 1950 wurde Ortelsdorf nach Gunnersdorf eingemeindet, die Gemeinde Gunnersdorf schließlich am 1. Oktober 1961 nach Frankenberg. Damit vergrößerte sich die Stadt westlich der Zschopau bis an die Ortsgrenze von Lichtenwalde.

Im gleichen Jahr gründeten sich Ortsgruppen der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD). Damit waren alle Parteien der DDR mit Ortsgruppen in Frankenberg vertreten.

Im darauffolgenden Jahr 1951 wurde die Erich-Viehweg-Schule eingeweiht. Mit der Namensgebung würdigte man die Verdienste des Pädagogen für das sächsische Schulwesen in der Zeit der Weimarer Republik und nach dem Ende des Dritten Reiches. Durch die für damalige Verhältnisse sehr fortschrittlichen und dadurch zweckmäßigen Architektur des Gebäudekomplexes, erhielt die Stadt ihre für lange Zeit modernste Schule.

Im Zuge Verwaltungsreform von 1952 kam Frankenberg, bisher zum Kreis Flöha gehörend, in den neu gebildeten Kreis Hainichen.

Das seit dem 2. Januar 1950 für ca. 3,5 Millionen DDR-Mark sanierte Krankenhaus wurde im Juli 1953 übergeben. Es verfügte zu dieser Zeit über acht Stationen mit 284 Betten. Ärztlicher Direktor war zunächst Medizinalrat Dr. Wolff. Mit dessen Eintritt in den Ruhestand übernahm Obermedizinalrat Dr. Schneider 1963 diese Funktion. Auf ihn folgten 1981 Dr. Eisold und später Dr. Aisch. Im benachbarten ehemaligen Amtsgericht richtete man eine moderne Großwäscherei ein.

Der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 verlief in Frankenberg relativ ruhig. In der Nacht vom 16. auf den 17. Juni wurde die Dienststelle der Kasernierten Volkspolizei in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Die Staatssicherheit ordnete im gesamten Bezirk Karl-Marx-Stadt an, die Sicherung der Sirenen zu entfernen, damit durch diese keine Signale der aufständischen Arbeiter weitergegeben werden konnten.

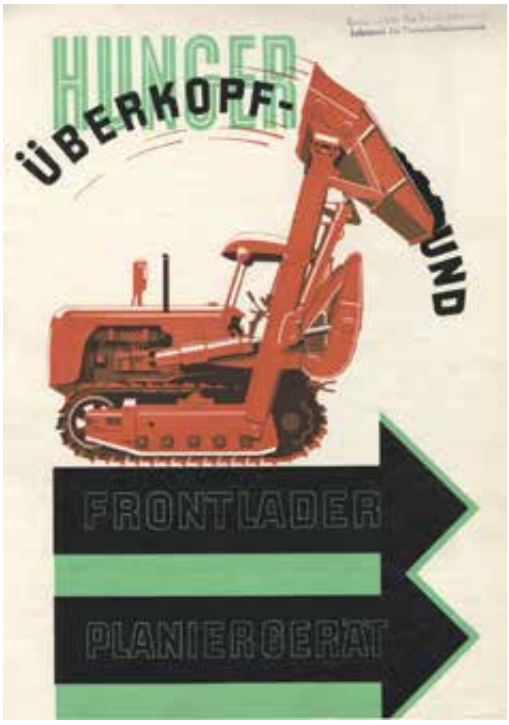


Frankenberg, Erweiterungsbau des Krankenhauses, Postkarte, 1953
Stadtarchiv Frankenberg/Sa.

Frankenbergs erste Kinderkrippe öffnete 1954 in der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße. In der gleichen Straße baute man 1958 die ehemalige Villa Richter zum Feierabendheim für 40 Rentner um. 1958 wurde durch die Zusammenlegung von sechs Betriebssportgemeinschaften die BSG Turbine Frankenberg gegründet. Einer der bekanntesten Lebensmittelläden der Stadt, der Konsum an der Ecke Humboldtstraße/Straße der Befreiung (Markt), wurde 1959 als erster Selbstbedienungsladen der Stadt eingerichtet.

Mit dem Bezug der ersten zwölf Wohnungen auf der Lützelhöhe, der erste Spatenstich dazu erfolgte am 9. April 1957 durch Bürgermeister Häuptner, begann der Neubau von Wohnungen in größerem Umfang. In den folgenden Jahren wurden allein auf der Lützelhöhe 586 Wohnungen neu errichtet. Dafür musste allerdings 1968 der 18 m hohe Bismarckturm weichen. Dieser stand ungefähr an der Stelle der heutigen Richard-Wagner-Straße 14 bis 16. Ausschlag gebend für den Bau des ersten Neubaugebietes in Frankenberg war der Mangel an modernem zweckmäßigem Wohnraum. Die Wohnungen wurden durch die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft, kurz AWG und Eigenleistungen der Mitglieder errichtet. Das Ziel, bereits damals ausreichend Wohnraum für alle Werktätigen zur Verfügung zu stellen, wurde während der gesamten Zeit des Bestehens der DDR trotz vielfältiger Anstrengungen nie erreicht.

Durch Brandstiftung geriet 1960 ein Teil des Dachstuhls von Schloss Sachsenburg in Brand. Im Rahmen des Wiederaufbaus suchten Kreisdenkmalpfleger zunächst nach Bauunterlagen, mussten aber bald feststellen, dass in Archiven und Heimatmuseum keine mehr aufzufinden waren. Dennoch gelang es, durch Vermittlung des VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt einige für den Wiederaufbau brauchbare Unterlagen zu erhalten. Empörung herrschte unter den Fachleuten jedoch über den Umgang mit der historischen Bausubstanz im Inneren des Schlosses. Für die Wiederherstellung des originalen Bauzustandes fehlte es jedoch an Baukapazität und vor allem finanziellen Mitteln.



Prospekt der Walter Hunger KG, vor 1960
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek



Blick zur alten Hammertalbrücke, Postkarte, um 1960
Stadtarchiv Frankenberg/Sa.

Am 1. Mai 1960 schlossen sich die Altbauern Vogelsang, Braune und Uhlig aus Ortelsdorf zur LPG Typ 1 mit dem Namen „8. März“ zusammen. Frankenberg und damit der gesamte Kreis Hainichen waren nun „vollgenossenschaftlich“.
Der Bau der Berliner Mauer 1961 wurde von der hier erscheinenden „Volksstimme“ im Sinne der SED-Propaganda gewürdigt. Stimmen, die den Mauerbau befürworteten kamen vor allem aus folgenden Betrieben der Stadt: VEB Barkaswerke, VEB Fahrzeughydraulik, VEB Steppdecken und Bettenfabrik, VEB (K) Bau sowie der FDJ-Grundorganisation des VEB Walzengravierwerk. Es gab auch Einwohner aus Frankenberg, die wegen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die DDR verließen, genaue Zahlen sind jedoch nicht bekannt. Als bekanntestes Beispiel darf die Flucht des Unternehmers Walter Hunger gelten. Der Hydraulikfabrikant hatte es durch bahnbrechende Erfindungen und Patente geschafft, seine Firma zu einem marktführenden Unternehmen in den Bereichen Kipphydraulik, Tieflader für Schwertransporte und sogar Planierraupen zu entwickeln. Vor dem Hintergrund immer stärker werdender staatlicher Eingriffe in den Vertrieb seiner Produkte sowie verschärfter Steuergesetze, vor allem aber wegen der drohenden Verstaatlichung seines Unternehmens setzte er sich mit seiner Familie und einigen Mitarbeitern in die Bundesrepublik ab.
Die Verwaltungsschule wurde 1968 in Fachschule für Staatswissenschaft, Außenstelle „Dr. Kurt Fischer“ umbenannt. Im darauffolgenden Jahr erfolgte die Eingliederung in die Fachschule für Staatswissenschaften Weimar. Mit der Schließung der Dittersbacher Schule 1970, mussten deren Schüler nun die Bildungseinrichtungen der Stadt Frankenberg besuchen. Der Schülertransport erfolgte, wie damals üblich, mittels Schulbussen oder privat. Direkt neben dem Bahnhof wurde 1971 ein neuer Busbahnhof übergeben und so eine Schnittstelle für den Personennahverkehr geschaffen.
Weitreichende Folgen für die Fauna in und an der Zschopau hatte 1976 eine schwere Havarie mit Chemikalien im Motorradwerk Zschopau. Diese führten von Zschopau bis zur Mündung in die Mulde zu einem Fischsterben, von dem sich der Fluss erst Jahre später erholte. Im wahrsten Sinne des Wortes verendeten dabei Fische, deren Vorkommen in der Zschopau auch so mancher Angler nicht für möglich hielt, „tonnenweise“.
Am 9. August 1979 begann die Sanierung des Hammertalviadukts. Denkmalschützer hatten sich bemüht, hierbei irgendwie das Aussehen der alten Brücke zu erhalten. Das Problem war jedoch die dadurch wesentlich längere Bauzeit über ein Jahr hinaus. Also wurde aus „volkswirtschaftlichen“ und Gründen der Landesverteidigung, die ortsansässige Garnison der NVA benötigte die Bahnstrecke zum Transport von Bewaffnung und Personal, eine nüchterne, relativ schnell zu bauende Betonbrücke errichtet. Die alte Brücke wurde gesprengt.
Zur Verbesserung der Essensversorgung Frankenberger Schüler baute man 1981 an der Friedrich-Engels-Straße eine zentrale Schulküche. Deren Vorläuferin in der Humboldtstraße wurde 1982 zu einer Poliklinik umgebaut.
Der Marktbrunnen, auch „Nackter Mann“ genannt, wurde 1983 rekonstruiert und spendete nun wieder Wasser. Für das Neubaugebiet Äußere Freiberger Straße legte man den Grundstein. Bereits ein Jahr später, 1984, stellte man eine kombinierte Kindereinrichtung (Kinderkrippe und -garten) sowie eine neue Schule fertig. Daneben entstand eine Kaufhalle. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden 1.651 Wohneinheiten gebaut. Damit versuchte man das Wohnungsbauprogramm der DDR, beschlossen auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 unter dem Motto „Jedem seine Wohnung“, umzusetzen. Allerdings beschränkte man sich dabei größtenteils auf die Errichtung von Neubaugebieten auf der „grünen Wiese“, die Altbausubstanz wurde sträflich vernachlässigt.
Nach sechsjähriger Innenrenovierung weihte man 1986 die Frankenberger Kirche wieder ein. Der Höhepunkt im städtischen Leben der 1980er Jahre war die 800-Jahrfeier vom 23. bis zum 26. Juni 1988. Die Frankenberger Bürger und tausende Besucher von außerhalb feierten das Jubiläum der Stadt mit einem großen Festumzug und vielen anderen Vergnügungen. Zu diesem Zeitpunkt ahnte noch keiner, dass bereits ein Jahr später Ereignisse stattfanden, die unsere Stadt und unser Land völlig verändern sollten.

Autor
Andreas Klöden
Frankenberg/Sa.